

Internationale Hochschulen, regionale Politik – ein Widerspruch?

Christoph Eymann, Nationalrat LDP Basel-Stadt

- Ausreichende Finanzierung in Zukunft: Bund und Kantone sind nach wie vor gefordert, neu könnte ein Teil der Erhöhung der Bundesbeiträge im selben Ausmass erfolgen, wie die Trägerkantone ihre Beiträge erhöhen. Drittmittel sind nicht zur Substituierung von Trägerbeiträgen einzusetzen, sie müssen der Hochschule zusätzlich zukommen. Die Stigmatisierung der Drittmittel durch den Verdacht, die Geldgeber würden eigene Geschäftsinteressen verfolgen muss der Vergangenheit angehören. Für Querschnittfunktionen wie aktuell die Digitalisierung müssen parallel zur Finanzierung gemäss BFI-Botschaft zusätzliche Mittel vom Bund bereitgestellt werden.
- Eine Fokussierung der Mittel kann nur dann erfolgen, wenn einmalig und befristet zusätzliche Bundesmittel gewährt werden, um finanzielle Anreize für Kooperationen und Konzentrationen der Ausbildungsgänge verschiedener Hochschulen zu erreichen. Die Koordination, welche das HFKG ja auch sicherstellen soll, erfolgt kaum. Nicht jede Hochschule muss zwingend das breitestmögliche Portfolio anbieten. Es reicht auch, wenn man sich bei einigen Hochschulen mit einem Grundangebot begnügt und besondere Exzellenz an wenigen Standorten anbietet. Dem läuft die kürzlich beschlossene Erweiterung des Angebots an Ausbildungsstätten für Humanmedizin zuwider.
- Das binäre System ist beizubehalten. Es soll aber auch binär bleiben. Es wäre falsch und gegen die Gründungsabsicht der Fachhochschulen, sie mit eigenem Promotionsrecht zu versehen. Die Schärfung der Profile ist angezeigt. Die Praxisnähe der Fachhochschulen darf nicht verloren gehen.
- Hochschulabsolventen aus Drittstaaten sollten in der Schweiz bleiben können – ausserhalb der Kontingente. Ihr Bleiberecht könnte an die Leistungen gebunden werden.
- Hochschulen sollen autonom bleiben oder werden. Die Ausgestaltungsmöglichkeiten sind vielfältig: Globalbudgets mit Leistungsaufträgen, ergänzt mit Budgets auch für Bauten und Einrichtungen sowie Firmengründungen. Die bottom-up – Prozesse dürfen nicht durch Vorgaben der Politik ersetzt werden, nicht die Regierungen und Parlamente bestimmen über die Inhalte, es ist die Wissenschaft, welche die Inhalte vorgibt. Die öffentliche Hand kann via Gewährung der Finanzen mitbestimmen. Die Traditionen in der Strukturierung der Hochschulen sollen nicht gebrochen werden. Governance-Richtlinien der Kantone können nicht telquel auf Hochschulen Anwendung finden.
- Internationale Offenheit ist sehr wichtig. Unsere Kontakte zu sehr vielen Ländern werden gefestigt, wenn Studierende aus diesen Ländern gute Erfahrungen mit der Schweiz und ihren Hochschulen gemacht haben. Die Exzellenz, welche für unsere Hochschulen essentiell ist, wird nur mit Inländern nicht gehalten werden können. Der Bund müsste die osten von ausländischen Studierenden an kantonalen Hochschulen vollumfänglich übernehmen, das täte allen gut, auch dem Image der Schweiz!
- Viel wurde erreicht, es muss aber noch viel mehr geleistet werden, wenn wir an der Spitze mithalten wollen. Das Ausland investiert zum Teil massiv in

Wissen, nicht nur in China, den USA, Südkorea und Grossbritannien. Es braucht mehr Geld und die Beendigung der unhaltbaren go-and-stop-Politik in der Finanzierung des Bundes. Innovationen sind weiter zu fördern, sinnvoll wäre eine zeitliche Erweiterung der Finanzierung über das bisherige Mass der Risiko-Kapitalgewährung hinaus. Auch die Kooperation mit kommerziell organisierten Partnern sollte finanziell unterstützt werden können, wenn sich daraus ein Mehrwert für die Volkswirtschaft ergeben kann.

Basel, im November 2018